Editorial

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sieht sich die Soziologie mit Herausforderungen konfrontiert, die sich nicht einfach als Erweiterung ihrer empirischen Fragestellungen oder Forschungsfelder begreifen lassen. Die Aufgaben und Verunsicherungen reichen bis in die normativen und paradigmatischen Grundlagen des Faches selbst. Ein Beispiel kann das veranschaulichen. Wenn die gegenwärtigen philosophischen und politischen Debatten über Gleichheit und Gerechtigkeit sich eher der Position zuneigen, Gleichheit taue nicht als Grundlage gerechter Gesellschaftszustände, dann stellt dies für die Soziologie in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung dar. Zum einen muss sie sich fragen, ob sie als Erfahrungswissenschaft einen Beitrag zu dieser Debatte leisten kann, den andere wissenschaftliche Diskurse nicht abdecken. Zum anderen muss sie ihre eigenen normativen Grundlagen und Hintergrundannahmen kritisch prüfen. Immerhin ist der größte Teil der soziologischen Ungleichheitsforschung einem egalitaristischen Gerechtigkeitsverständnis verpflichtet. Schließlich ist es eine legitime Aufgabe des Faches, nach den institutionellen Konsequenzen und sozialen Folgen des Wandels der Leitideen über Gleichheit und Gerechtigkeit zu fragen.

Die sechs Aufsätze des vorliegenden Heftes wenden sich mit unterschiedlichen Themen allesamt ähnlich grundsätzlichen Fragen des Faches zu.

Wolfgang Merkel verknüpft in seinem Beitrag drei Ebenen der gegenwärtigen De-

batte über soziale Gerechtigkeit und die Reform des Sozialstaats, die in dieser Form nur selten aufeinander bezogen werden. In einem ersten Schritt befragt er die normative Gerechtigkeitsforschung in der politischen Philosophie – typisierend klassifiziert in eine libertäre (v. Hayek), eine sozialliberale (Rawls) und eine kommunitaristische (Walzer) Position – nach regulativen Leitideen für eine gerechtigkeitsorientierte Politik. Daran anschließend entwickelt er in einem zweiten Schritt eine Prioritätenliste politischer Handlungspräferenzen, die von der Bekämpfung von Armut bis zur Verringerung der Einkommens- und Vermögensspreizung reicht. Diese Liste gerechtigkeitsorientierter Urteilskriterien steuert in einem dritten Schritt schließlich den Vergleich der „drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“, des „marginalen angelsächsischen Sozialstaatsmodells“, des „Sozialversicherungsstaates Kontinentaleuropas“ und des „universalistischen Modells Skandinaviens“.

Eine radikalisierte und insofern weiterführende Antwort auf die immer wieder gestellte und auch verworfene Frage nach der Möglichkeit einer kritischen Gesellschaftstheorie skizziert Thorsten Bonacker. Kritisch ist eine soziologische Gesellschaftstheorie insofern sie beansprucht, gesellschaftliche Zustände nicht nur zu beschreiben und zu diagnostizieren, sondern auch zu bewerten. Die Maßstäbe dafür gewinnt sie aus der Annahme bzw. Rekonstruktion eines normativen Gehalts der Moderne. Nun gehört es zu

den Grundmerkmalen der kulturellen Modernität, dass sie ihre Normativität „aus sich schöpfen“ (Habermas) muss, d. h. sich auf keine transzendenten Autoritäten wie die der Götter, der Natur, der Gesetze, der Geschichte usw. mehr berufen kann. Die Soziologie verdankt ihre Existenz nicht zuletzt der Tatsache, dass moderne Menschen ihre sozialen Normen und Werke als nicht-natürliche und in ihrer Geltung als selbst zu verantwortend erkennen. In M. Webers Postulat der Werturteilsfreiheit und These vom Polytheismus der Werte fand die Einsicht in die Kontingenz der normativen Grundlagen des Wandels und Erkennens unter den Bedingungen der Modernität bis dato gültigen Ausdruck. In Auseinandersetzung mit den Positionen M. Webers, J. Habermas' und Z. Baumanns entwickelt Bonacker seine These eines internen Verhältnisses zwischen Kontingenz und Normativität. Seine Argumentation mündet in der Behauptung, dass es einzig „die eigentümliche normative Kraft der Kontingenz“ sei, auf die sich eine kritische Gesellschaftstheorie noch berufen könne.

Vom Wechselspiel zwischen analytischen und normativen Vorentscheidungen nimmt auch Andreas Reckwitz' Neukonzeption der Multikulturalismus-Theorie ihren Ausgang. Er zeigt zunächst, wie in den sozialphilosophischen Multikulturalismus-Konzeptionen von C. Taylor und W. Kymlicka unter Maßgabe der politischen Forderung nach Anerkennung und Respektierung von Minderheitskulturen in modernen Nationalstaaten ein allgemeiner Kulturbegriff in ein spezifisches Modell von Multikulturalismus transformiert wird, das er pluralistisches Homogenitätsmodell nennt. Dessen Substanz ist darin zu sehen, dass die Grenzen verschiedenartiger kultureller Basiscodes und Wissensvorräte mit den Grenzen von Personengruppen identifiziert werden. Das pluralistische Homogenitätsmodell läuft theoretisch und politisch auf die plurale Vervielfältigung monokultureller Gemeinschaften, die in ihren Sinngrundlagen differiert, in ihren Sinnstrukturen nach innen homogen sind und dies nach außen auch manifestieren. Der Identifikation von Kollektiv und Sinn-system stellt Reckwitz im Anschluss an den linguistic turn in der kulturwissenschaftli-

chen Diskussion ein Modell der kulturellen Interferenzen gegenüber, das die Identifikation von Kultur- und Gemeinschaftsverständnis verabschiedet und die „Möglichkeit der Parallelexistenz unterschiedlicher kultureller Codes in den lebensweltlichen Wissensvorräten der gleichen Akteure“ ins Zentrum rückt. In einer Heuristik dieses nicht-essenzialistischen Multikulturalismusmodells skizziert Reckwitz weiterführende Konsequenzen seines Theorie-Vorschlags.

Zu den Herausforderungen, mit denen die Weltgesellschaft nach dem Ende der Blockkonfrontation und angesichts massiver Globalisierungsprozesse konfrontiert ist, gehört zweifellos der zu beobachtende Gestaltwandel organisierter Gewalt. Man spricht von „neuen“ im Unterschied zu klassischen oder „alten Kriegen“. Insbesondere die ethnischen Konflikte in Afrika, im Kaukasus und auf dem Balkan bilden den Hintergrund dieser Überlegungen. Im Luftkrieg gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999, der ersten Militäraktion der NATO, überlagerten sich gewissermaßen zwei Kriege: der ethnisch motivierte „neue Krieg“ des Milosevic-Regimes gegen die Kosovo-Albaner und der virtuell gestylte alte Krieg der NATO gegen die ethnischen Säuberungsversuche des Milosevic-Regimes. Neben dem medialen Charakter ist es vor allem diese komplexe Gemengelage, die bis heute die öffentliche Diskussion bewegt. Edward A. Tiryakian geht in seinem Aufsatz vor allem der zweiten Dimension dieses Krieges nach. Er unterscheidet manifeste und latente Funktionen sowie unvorhergesehene Konsequenzen des Kosovo-Krieges. Seitens der USA und ihrer Verbündeten handelte es sich zweifellos auch um einen Krieg im Namen der Menschenrechte, aber die Intervention der westlichen Verbündeten hatte darüber hinaus noch andere „Funktionen“.

Zu den zeitdiagnostischen Gesellschaftsbegriffen, die heute Konjunktur haben, gehören neben der „postmodernen Gesellschaft“ die „Wissensgesellschaft“ und die „Informationsgesellschaft“. Die „Dienstleistungsgesellschaft“ gehört nicht unbedingt dazu. Dies ist nicht einfach der Schnelldigkeit theoretischer oder zeitdiagnostischer Moden geschuldet. Vielmehr lassen sich aus ökonomischer und soziologischer Sicht ernsthafte

Zweifel und Einwände sowohl gegen die aus den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts resultierende Drei-Sektoren-Theorie der modernen Wirtschaft wie auch gegen die These von der Verlagerung des Schwergewichts wirtschaftlicher Tätigkeit vom „sekundären“ zum „tertiären Sektor“ vorbringen. Nicht der Übergang von einer industriellen zu einer Dienstleistungswirtschaft, sondern der Wandel einer Form industrieller Produktion in eine andere sei das Signum der Zeit. Im Gegensatz dazu plädiert Karin Gottschall in ihrem Beitrag für eine modifizierte Fortführung der sozialwissenschaftlichen Analyse von Dienstleistungsgesellschaften in der Tradition, die J. Fourastié Anfang der 50er Jahre begründete. Freilich, so akzentuiert die Autorin im Durchgang durch die wichtigsten Beiträge zur Theorie der Dienstleistungsgesellschaften, eröffne die systematische Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Strukturierung des Dienstleistungssektors eine notwendige Entgrenzung der Analyseperspektive.

Die Fixierung einer eigenständigen ontologischen Dimension von Intersubjektivität in Begriffen wie „soziale Interaktion“, „soziale Beziehung“ oder „subjektiver Sinn“ galt und gilt als Geburtsstunde der modernen Soziologie. Für Bruno Latour führt die interaktionistische Verengung des Gegenstandes

der Soziologie zu einer Reduktion der Soziologie der Menschen auf eine Soziologie der Primaten (Paviane) und zu den grundlagentheoretischen Dauerproblemen wie der Konfrontation interaktionistischer und strukturalistischer Ansätze oder dem Mikro-Makro-Puzzle. Vor dem Hintergrund seiner „symmetrischen Anthropologie“ plädiert Latour für die konzeptionelle Erweiterung der Intersubjektivität durch eine „Interobjektivität“. Menschliche Interaktionen seien „gerahmte Interaktionen“, ihr Rahmen bestehe (auch) aus „nichtmenschlichen Akteuren“, den Objekten: „Um sich endlich mit dem sozialen Körper als Körper zu beschäftigen, ist es erstens notwendig, die Dinge wie soziale Fakten zu behandeln, zweitens die beiden symmetrischen Illusionen der Interaktion und der Gesellschaft durch den Austausch zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren zu ersetzen, und drittens der ganz und gar erfassbaren Arbeit des Lokalisierens und Globalisierens zu folgen.“

Den Abschluss des vorliegenden Heftes bildet ein Review-Essay von Wolfgang Knöbl, der drei deutsche Publikationen zur amerikanischen Soziologie zum Gegenstand hat.

Frank Ettrich